

Merkblatt

zum Antrag auf Eintrag in die Stadtplanerliste gem. Art. 7 Abs. 3 i.V.m. Art. 4 Abs. 7, 8 BauKaG

Sehr geehrte Damen und Herren,

dieses Merkblatt soll Ihnen die Antragstellung erleichtern. Bitte lesen Sie es genau durch, bevor Sie die Formulare ausfüllen und die erforderlichen Anlagen zusammenstellen. Um die Bearbeitung der Anträge zu erleichtern, bitten wir Sie, die Anträge elektronisch auszufüllen und dann ausgedruckt und unterschrieben einzureichen.

Gem. Art. 1 Abs. 3 BauKaG darf, wer nicht bereits als auswärtiger Dienstleister zur Führung der geschützten Berufsbezeichnung „Stadtplanerin“ oder „Stadtplaner“ berechtigt ist, diese nur nach Eintragung in die Stadtplanerliste führen. In diese Liste einzutragen ist nach Art. 7 Abs.3 in Verbindung mit Art. 4 Abs. 7 und 8 BauKaG auf Antrag ohne weitere Prüfung, wer bereits in einem anderen Bundesland in die Stadtplanerliste eingetragen ist. Wer in einem anderen Bundesland in die Liste eingetragen war und aus dieser nur gelöscht wurde, weil sie oder er dort den Wohnsitz, die Niederlassung oder die überwiegende Tätigkeit aufgegeben hat, hat ebenfalls einen Anspruch auf Eintragung in die bayerische Stadtplanerliste.

Mit freundlichen Grüßen
Der gemeinsame Eintragungsausschuss
bei der Bayerischen Architektenkammer

Erläuterungen

Zu 1.	Hier bitten wir die Tätigkeitsart anzugeben. Sollten mehrere Tätigkeitsarten zutreffen, wird die überwiegende vorangestellt. Bitte nehmen Sie ggf. eine entsprechende Kennzeichnung vor.
Zu 2.4	Gem. Art. 4 Abs. 1 BauKaG kann in die Stadtplanerliste nur eingetragen werden, wer Wohnsitz, Niederlassung oder überwiegende berufliche Beschäftigung in Bayern hat.
Zu 2.6	Eingetragen werden können Deutsche, Staatsangehörige der Mitgliedstaaten der Europäischen Union oder eines Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum oder diesen nach dem Recht der Europäischen Gemeinschaft gleichgestellte Personen. Diesen gleichgestellt sind sonstige ausländische Staatsangehörige, wenn sie über einen deutschen Ausbildungsabschluss verfügen oder mit ihrem Herkunftsstaat Gegenseitigkeit vereinbart ist.
Zu 2.7	Es genügt eine Niederlassung; nicht notwendigerweise hat die Hauptniederlassung in Bayern zu sein.
Zu 5.	Der Nachweis über den Wohnsitz erfolgt durch eine Meldebestätigung der Wohnsitzgemeinde, der zur Niederlassung durch eine Bestätigung der Gemeinde oder auf jede andere geeignete Weise. Falls weder ein Wohnsitz noch eine Niederlassung in Bayern bestehen, ist es für die Zulässigkeit des Eintragungsantrages ausreichend, wenn die überwiegende berufliche Beschäftigung in Bayern erfolgt. Zu dessen Nachweis werden weitergehende Angaben, insbesondere zu Art, Umfang und Ort der Beschäftigung erbeten.

Zu 6.	<p>Der Antrag auf Erteilung des Führungszeugnisses ist bei der für den Wohnsitz zuständigen Meldestelle zu stellen. Das Führungszeugnis ist unmittelbar von der Meldestelle an den Eintragungsausschuss zu schicken.</p> <p>Antragsstellerinnen oder Antragssteller aus einem EU-Mitgliedstaat oder einem Staat des Europäischen Wirtschaftsraumes, in deren Herkunftsstaat ein amtliches Führungszeugnis nicht ausgestellt wird, können statt dessen sonstige Zuverlässigkeitsnachweise, eine eidesstattliche Erklärung oder falls auch dies nicht möglich ist, eine feierliche Erklärung vorlegen. Diese Versicherung bzw. Erklärung ist von einer zuständigen Justiz- oder Verwaltungsbehörde, einem Notar oder einer entsprechend bevollmächtigten Berufsorganisation des Herkunftsstaates schriftlich zu bescheinigen.</p>
-------	---